

SPD-Stadtratsfraktion Augsburg · Rathausplatz 2 · 86150 Augsburg

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Kurt Gribl  
Rathausplatz 1

86150 Augsburg

Augsburg, den 20.04.2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
die SPD-Fraktion stellt folgenden

### Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der WBG und Trägern der freien Wohlfahrtsverbänden sowie potentiellen Kostenträgern das Gespräch zu suchen, mit dem Ziel eine Beratungsstelle in dem Areal „Ulmer Straße“ im Sinn eines „Inklusionsstützpunkt“ zu implementieren.

### Begründung:

Mit dem Neubau von ca. 150 Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus durch die WBG im ersten Bauabschnitt an der Ulmer Straße und weiteren Wohnungen im zweiten Bauabschnitt, werden in den kommenden Jahren innerhalb kurzer Zeit zahlreiche Neueinzüge stattfinden. Es ist damit zu rechnen, dass sich unter den neuen MieterInnen Menschen in schwierigen Lebenslagen befinden werden. Hiermit sind beispielsweise MitbürgerInnen gemeint, die derzeit ohne festen Wohnsitz sind, Menschen mit Gewalterfahrungen, traumatisierte Menschen, Menschen mit Bildungsdefiziten und/oder gesundheitlichen Problemen, Alleinerziehende oder Menschen ohne Arbeit.

Durch den relativ zeitgleichen Bezug wird es sich nicht um ein nach und nach gewachsenes Wohnviertel mit den entsprechend „natürlich“ gewachsenen sozialen Strukturen handeln.

Es ist also davon auszugehen, dass es zu diversen Problemen kommen wird, die rechtzeitig und nachhaltig abgefangen werden müssen, um zu vermeiden, dass ein sozialer Brennpunkt entsteht.

Hier kann eine Beratungsstelle in Form eines Inklusionsstützpunktes, auch im Sinne einer Quartiersentwicklung, Hilfe leisten.

Das Ziel des Stützpunktes muss sein, einen niedrigschwelligen Zugang zu schaffen, der zukünftigen BewohnerInnen Unterstützung, Beratung und Hilfe bei individuellen, gesundheitlichen, familiären, sozialen oder sonstigen Problemen anbietet. Der Inklusionsstützpunkt kann auch Anlaufsstelle für die Menschen sein, die im Antrag der SPD Fraktion „Wohnen für psychisch kranke Menschen“ benannt werden. Hier sollen 15 Wohnungen auf demselben Gelände entstehen, die von ambulant betreuten Menschen mit psychischen Erkrankungen belegt werden. Neben den üblich vom Bezirk Schwaben gewährten personenbezogenen Fachleistungsstunden muss es einen Bürostandort vor Ort mit Präsenzzeiten geben, um für die betreuten Personen eine zusätzliche persönliche Sicherheit zu gewährleisten. Dies könnte man, auch im Hinblick auf die Kosten (Mischfinanzierung), mit dem Inklusionsstützpunkt verbinden.

Hier kann an die gute Arbeit der Quartiersentwicklung im Schwabencenter angeknüpft werden.

Vertrauen und Kontinuität sind die grundlegenden Voraussetzungen für die Akzeptanz des „Inklusionsstützpunktes“. Wie die Arbeit in Beratungsstellen zeigt, braucht es neben Zeit, verbindliche Öffnungszeiten und niedrige Zugangsbarrieren, um die Vorbehalte und Berührungspunkte der BewohnerInnen abzubauen.

Durch offene Informationsangebote zu Themen wie z.B. Ernährung und Gesundheit, niedrigschwellige Hausbesuche, gemeinsame interkulturelle Aktivitäten oder Unterstützungen im Alltag soll die Akzeptanz des Inklusionsstützpunktes erreicht werden. Gleichzeitig gilt es, ehrenamtlich getragene und auch professionelle Netzwerke aufzubauen und dabei die BewohnerInnen mit einzubeziehen. Diese Netzwerke müssen sowohl in der unmittelbaren Wohnumgebung als auch im Stadtteil aufgebaut, unterstützt, begleitet und gefördert werden. Dies kann beispielsweise Nachbarschaftshilfe, „Stammtische“ oder Tauschbörsen auf der anderen Seite bedeuten. Andererseits kann es auch Weitervermittlung zu Beratungsstellen, Ärzten, Krankenhäusern oder anderen Institutionen des Stadtteils oder der Stadt heißen.

Hier ist Vieles denkbar und muss sich im Laufe der Jahre ergebnisoffen und bewohnerorientiert entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen



Margarete Heinrich  
Fraktionsvorsitzende

gez.

Jutta Fiener  
Stadträtin

gez.

Anna Rasehorn  
Stadträtin

gez.

Ulrich Wagner  
Stadtrat